

**Mündliche Anfragen
gemäß § 47 der Geschäftsordnung
des Niedersächsischen Landtages**

Hannover, den 25.01.2017

1. Mobilität in Niedersachsen

Abgeordneter Gerd Ludwig Will (SPD)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Für das Land Niedersachsen haben die ländlichen Räume eine große Bedeutung. Eine Entwicklung, die allein an der Entwicklung der großen Zentren ausgerichtet ist, spiegelt die räumlichen Strukturen unseres Flächenlandes nicht wider. Daneben führt das gestiegene Umweltbewusstsein der Bevölkerung zu einer gesteigerten Nachfrage nach Mobilitätsangeboten jenseits des Individualverkehrs. Dies gilt sowohl für die städtischen Ballungsgebiete als auch insbesondere für den ländlichen Raum. Verkehrsminister Olaf Lies hat in einer Pressemitteilung vom 16. Januar 2017 deutlich gemacht „Wir machen Niedersachsen mobil. Mit unserem umfangreichen Förderprogramm verbessern wir den öffentlichen Personennahverkehr nachhaltig und sorgen dafür, dass unsere Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land mobil bleiben.“ Die öffentliche Hand kann im Sinne einer guten Daseinsvorsorge auf die räumliche Situation angepasste Mobilitätskonzepte anbieten, wobei die Unterschiede der Bedürfnisse in den städtischen Gebieten und dem ländlichen Raum entsprechend zu berücksichtigen sind. Solche Maßnahmen, die der Verbesserung der Mobilität der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen dienen, sind von Bedeutung zum Erhalt der Dörfer und Städte in den ländlichen Regionen.

- 1. Welche Maßnahmen zur Stärkung der Mobilität im ländlichen Raum hat die Landesregierung seit 2013 bisher ergriffen?**
- 2. Wie wurden die Aufgabenträger für den SPNV und ÖPNV in Niedersachsen durch die Landesregierung seit 2013 einschließlich Infrastrukturmaßnahmen unterstützt?**
- 3. Welche Finanzmittel und in welcher Höhe wurden in die Stärkung des ÖPVV/SPNV seit 2013 investiert?**

2. Nicht-technisch gesicherte Bahnübergänge in Niedersachsen sichern

Abgeordnete Susanne Menge (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Neben Bayern und Nordrhein-Westfalen weist Niedersachsen den höchsten Anteil an Bahnübergängen bundesweit aus - und analog dazu auch den höchsten Anteil an Unfällen an Bahnübergängen. Dabei endet jeder vierte Unfall tödlich. Insbesondere an unbeschränkten, schlecht ausgeleuchteten und nicht-technisch gesicherten Eisenbahnübergängen kommt es gehäuft zu Verkehrsunfällen. Zuletzt starb in Niedersachsen ein Pkw-Fahrer an einem unbeschränkten Bahnübergang in Cloppenburg, davor ein Lkw-Fahrer im Kreis Nienburg kurz vor Silvester an den Folgen eines Unfalls ebenfalls an einem unbeschränkten Bahnübergang. Im Sommer starb eine Mutter mit ihren beiden Kleinkindern an einem unbeschränkten Bahnübergang bei Oerel (Landkreis Rotenburg). Zum Teil waren die Stellen weder durch eine Schranke noch durch ein Lichtsignal gesichert. Es fällt auf, dass sich der Bestand an Bahnübergängen von rund 28 000 im Jahr 1996 auf rund 17 500 (2015) bundesweit reduziert hat. Und auch die Anzahl der gemeldeten Unfälle ging im selben Zeitraum von 225 auf 160 zurück (Deutscher Bundestag, Drucksache 18/7802). Gleichwohl ist der Anteil der 8 000 nicht-technisch gesicherten Bahnübergänge im Bundesgebiet mit 43 % (1996: 50 %) weiterhin sehr hoch. Laut Bundespolizei unterschätzen Verkehrsteilnehmer die Gefahren beim Queren von Schienenwegen. Gerade Unfälle an Bahnübergängen aber verliefen deutlich schwer-

wiegender als andere Unfallereignisse im Eisenbahnverkehr. Dabei ist zu beachten, dass Bahnübergänge erst ab einer Frequenz von täglich 2 500 Kraftfahrzeugen mit Schranken und/oder Lichtsignalen laut Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung ausgestattet sein müssen. Bei geringerer Frequenz reichen das Aufstellen eines Andreaskreuzes bzw. eine Geschwindigkeitsreduzierung und ein akustisches Signal aus; bei Feld-, Wald-, Fuß- und Privatwegen muss selbst ein Andreaskreuz nicht aufgestellt werden.

1. **Wie hoch sind in Niedersachsen die jährlichen Unfallzahlen an höhengleichen Bahnübergängen insgesamt und speziell an den nicht-technisch gesicherten Bahnübergängen in den letzten zehn Jahren?**
2. **Welche der nicht-technisch gesicherten Bahnübergänge in Niedersachsen weisen in welcher Höhe eine Unfallhäufung auf (mehr als drei Unfälle seit 1996) bzw. sind als kritisch zu bewerten (bitte die zehn kritischsten von 800 nennen)?**
3. **Was unternehmen die Bahn- und Straßenbausträger, um höhengleiche Bahnübergänge in Niedersachsen zu beseitigen bzw. zu sichern?**

3. Wie viele „Gefährder“ gibt es in Niedersachsen?

Abgeordnete Christian Dürr, Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe, Jörg Bode, Christian Grascha und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Wie die *Süddeutsche Zeitung* am 9. Januar 2017 berichtet hat, besitzen 224 der insgesamt 548 als „Gefährder“ eingestuft Islamisten in Deutschland keinen deutschen Pass. Außerdem sei bei 62 von ihnen ein Asylantrag abgelehnt worden.

1. **Wie viele dieser „Gefährder“ haben ihren Wohnsitz in Niedersachsen?**
2. **Wie viele „Gefährder“ aus Niedersachsen haben keinen deutschen Pass?**
3. **Bei wie vielen davon ist ein Asylantrag abgelehnt worden?**

4. Wird die Landesregierung weiter mit DITIB zusammenarbeiten?

Abgeordneter Björn Thümler (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die Zeit berichtete in ihrer Onlineausgabe am 18. Januar 2017: „Die Bundesanwaltschaft ermittelt wegen Spionageaktivitäten im bundesweiten Dachverband der türkischen Moscheegemeinden (DITIB).“

Am 20. Januar 2017 erklärte Ministerpräsident Stephan Weil in einem schriftlichen Statement, „dass sich die Rahmenbedingungen für die in Aussicht genommene Vereinbarung in den vergangenen beiden Jahren deutlich verschlechtert“ hätten. Die laufenden Gespräche über eine Vereinbarung mit den muslimischen Verbänden würden bis zum Ende dieser Legislaturperiode ausgesetzt.

DITIB Niedersachsen und Bremen e. V. ist in Niedersachsen Partner der Landesregierung u. a. im Beirat für den islamischen Religionsunterricht und bei der Beratungsstelle zur Prävention neoalafistischer Radikalisierung, beRATen e. V.

1. **Überprüft die Landesregierung angesichts der Vorwürfe gegen DITIB die Zusammenarbeit mit dem niedersächsischen DITIB-Landesverband in Projekten wie dem islamischen Religionsunterricht und der Beratungsstelle beRATen e. V.?**
2. **Wie wird mit den Haushaltsmitteln in Höhe von 200 000 Euro jährlich verfahren, die im Einzelplan 07 des Landshaushalts als „Zuschuss an die Landesverbände der Muslime in Niedersachsen e. V. (Schura) und die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB)“ vorgesehen sind?**

3. **Für wann ist eine Vertragsunterzeichnung mit der Alevitischen Gemeinde Deutschland vorgesehen, mit der ebenfalls über eine Vereinbarung verhandelt wurde?**

5. **Wie steht es um die Innovationskraft niedersächsischer Unternehmen?**

Abgeordnete Dr. Gabriele Andretta (SPD)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Innovationsausgaben der deutschen Wirtschaft sind laut einer aktuellen Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 8,8 % auf rund 157 Milliarden Euro deutlich gestiegen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) legen mit einem Plus von 9,9 % überdurchschnittlich zu. Gleichzeitig geht der Anteil der innovationsaktiven Unternehmen jedoch weiter zurück: Lag er im Jahr 2010 noch bei 57,5 %, so ist er auf nur noch 43,6 % gesunken.

Innovationskraft ist eine wichtige Voraussetzung, um die großen Zukunftsherausforderungen bewältigen zu können.

1. **Wie haben sich die Innovationsausgaben und die Innovationsintensität (Anteil der Innovationsausgaben am Umsatz) niedersächsischer Unternehmen im Vergleich zum Bundestrend entwickelt, differenziert nach Unternehmensgröße (größer und kleiner 500 Beschäftigte)?**
2. **Wie hat sich der Anteil der KMU an den gesamten Innovationsausgaben der niedersächsischen Wirtschaft entwickelt, und wie bewertet die Landesregierung diese Entwicklung?**
3. **Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Basis des forschenden Mittelstandes zu verbreitern und die Innovationskraft von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu steigern?**

6. **Wie wird der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz zum „ewigen Ruherecht“ für die Gräber der von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma in Niedersachsen umgesetzt?**

Abgeordnete Filiz Polat, Julia Willie Hamburg und Heiner Scholing (GRÜNE)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 16. Dezember 1942 ordneten die Nazis mit dem sogenannten Auschwitz-Erlass die Massendeportation der im Deutschen Reich lebenden Roma und Sinti ins Vernichtungslager Auschwitz an. Während der NS-Diktatur wurden Sinti und Roma schrittweise aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt, entrechtet und verfolgt. Von den damals 700 000 in ganz Europa lebenden Sinti und Roma wurden schätzungsweise bis zu 500 000 Menschen in den Konzentrationslagern ermordet. Dieser Völkermord an den Sinti und Roma (Porajmos) zeugt wie der Holocaust vom rassistischen Vernichtungswillen des NS-Regimes.

Die Gräber der ermordeten Sinti und Roma sind Teil der Stätten der Erinnerung an diesen Völkermord. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma mit seinen angeschlossenen Landesverbänden fordert seit längerem auch eine gesetzliche Regelung in Form einer „ewigen Ruhe“ für diese Gräber. Dies ist zudem notwendig, um dem „Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ gerecht zu werden, das zukünftigen Generationen die Erinnerung an die Folgen von Krieg und Gewaltherrschaft aufrechterhalten soll.

Nachdem sich insbesondere der Vorsitzende des Zentralrats der Deutschen Sinti und Roma, Romani Rose, seit Jahren für ein dauerndes Ruherecht eingesetzt hatte, einigten sich Bund und Länder im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz am 9. Dezember 2016 in Berlin auf eine Regelung zum Ruherecht für diese Grabstätten - sie sollen fortdauernd bestehen bleiben. Die entstehenden Kosten sollen künftig zu je 50 % von Bund und Ländern übernommen werden.

1. **Wie viele Grabstätten von im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma gibt es in Niedersachsen, und wo befinden sich diese?**
2. **Wie hoch sind die finanziellen Mittel, die die Landesregierung künftig für das Ruherecht von im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma aufwenden wird?**
3. **Mit welchen Maßnahmen und in Zusammenarbeit mit welchen Verbänden und Organisationen hält die Landesregierung die Erinnerungskultur an im Nationalsozialismus ermordete Sinti und Roma lebendig - auch und gerade in Bezug auf die offiziellen Grabstätten?**

7. Ist die „schwarze Null“ der Landesregierung wirklich eine „schwarze Null“?

Abgeordnete Christian Grascha, Jörg Bode, Dr. Stefan Birkner und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Das Land Niedersachsen konnte im Landeshaushalt für das Jahr 2016 laut der November-Steuerschätzung Mehreinnahmen in Höhe von 607 Millionen Euro erzielen. Gleichzeitig sieht der Haushaltsplan für 2016 Kreditermächtigungen in Höhe von 480 Millionen Euro vor. Finanzminister Schneider kündigte in einer Pressemitteilung der Staatskanzlei am 17. Januar 2017 an, dass man in der „glücklichen Lage“ sei, auf die Kreditermächtigungen in Höhe von 480 Millionen Euro „verzichten zu können“. In der gleichen Pressemitteilung wies er aber auch daraufhin, dass es für eine abschließende Bewertung zu früh sei.

1. **Plant die Landesregierung, die Kreditermächtigungen verfallen zu lassen?**
2. **Wie verwendet die Landesregierung die Mehreinnahmen, die über die Kreditermächtigungen hinausgehen?**
3. **Warum spricht die Landesregierung von einer „schwarzen Null“, wenn gleichzeitig die Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH weitere Kredite in Höhe von ca. 60 Millionen Euro im Jahr 2016 zur Deckung des Liquiditätsbedarfs aufnehmen muss?**

8. Gabriel fordert mehr Kameras - Was tut die Landesregierung?

Abgeordnete Thomas Adasch und Angelika Jahns (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Der Bundesvorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, forderte laut *Braunschweiger Zeitung* vom 16. Januar 2017 („Gabriel fordert mehr Kameras“) auf dem Neujahrsempfang des SPD-Unterbezirks Braunschweig am 14. Januar 2017 den Ausbau der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen.

Der Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die laufende Wahlperiode des Landtages sieht hingegen die Einschränkung der Videoüberwachung durch die Polizei in Niedersachsen vor.

1. **Wird die Landesregierung die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen in Niedersachsen ausbauen, wie es der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel fordert? Wenn ja, wie?**
2. **Was tut die Landesregierung, um die vorhandene Videoüberwachung zu modernisieren und etwa durch eine verbesserte Auflösung und moderne Software zu verbessern?**
3. **Verfolgt die Landesregierung weiterhin das Ziel aus dem Koalitionsvertrag, die Videoüberwachung in Niedersachsen einzuschränken? Und wenn ja, was veranlasst sie dazu?**

9. Wer hatte die Heimleiterfunktion im Pflegeheim „Haus Inselfrieden“?

Abgeordnete Ronald Schminke und Hans-Dieter Haase (SPD)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Der NDR berichtete am 2. November 2016 erneut über das mittlerweile insolvente Pflegeheim Haus Inselfrieden auf Norderney. Die Betreiberin aus Bersenbrück soll die Heimleiterfunktion seit 2009 mit einem Heilerziehungspfleger besetzt haben, dem allerdings die Befähigung und die Qualifikation als Heimleiter gefehlt hätten. Auch im Prüfbericht 2010 des Medizinischen Dienst der Krankenversicherungen war der Mann als Heimleiter angegeben. Erst im Sommer 2011 wurde durch die Kontrollbehörde des Landkreises Aurich das Fehlen des Befähigungsnachweises festgestellt.

Der Landkreis Aurich erklärte auf Nachfrage des NDR, der Betroffene habe die Funktion des Heimleiters erst nach Abschluss einer Qualifizierungsmaßnahme im November 2011 übernommen, vorher habe ihm eine externe Fachberatung zur Seite gestanden. Das Sozialministerium widerspricht der Darstellung der Heimaufsicht und erwidert, dass die Heimleitung durch eine andere Person wahrgenommen worden sei. Die Heimleiterin sei nicht jeden Tag in der Einrichtung präsent gewesen, habe aber die Entscheidungskompetenz innegehabt, heißt es. Der Heilerziehungspfleger selbst gab in seinem Berufsprofil im Internet an, er habe 2009 die Heimleiterfunktion innegehabt.

Bei Kontrollen waren Missstände festgestellt worden. Die Staatsanwaltschaft Aurich ermittelt u. a. wegen des Verdachts der fahrlässigen Körperverletzung und wegen des Verdachts der Untreue.

- 1. Welche Personen waren im Haus Inselfrieden in den Jahren 2009 bis 2016 laufend als Heimleiter(in) tätig und ordnungsgemäß in der Funktion angemeldet?**
- 2. Über welche Qualifikation verfügten die jeweils eingesetzten Personen in der Heimleiterfunktion, und in welcher Weise wurden bei den im Haus Inselfrieden eingesetzten Heimleiterinnen/Heimleitern Befähigungen und Qualifikationen durch die Behörden kontrolliert?**
- 3. Wie kommt es zu den unterschiedlichen Angaben von Betreiberin, Heimaufsicht, Sozialministerium und des als Heimleiter eingesetzten Mitarbeiters?**

10. Wer kann das Modellprojekt der rot-grünen Landesregierung zur Vergabe eines anonymen Krankenscheins nutzen?

Abgeordnete Angelika Jahns, Petra Joumaah, Volker Meyer, Dr. Max Matthiesen, Burkhard Jasper, Gudrun Pieper und Annette Schwarz (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Landesregierung fördert über einen Zeitraum von drei Jahren ein Modellprojekt zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung für „Menschen ohne definierten Aufenthaltsstatus“ mit insgesamt 1,5 Millionen Euro.

Den Adressatenkreis des Modellprojekts definiert die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung „Anonymer Krankenschein, anonyme Abrechnung und anonymisierte Chipkarte - Ist bei der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen ‚legal‘ oder ‚illegal‘ künftig egal?“ (Drucksache 17/3481) wie folgt:

„Bei Menschen ohne definierten Aufenthaltsstatus handelt es sich um nicht deutsche Staatsangehörige, die weder einen Aufenthaltstitel nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet - Aufenthaltsgesetz (AufenthG), eine Duldung nach § 60 a AufenthG oder eine Aufenthaltsgestattung nach § 55 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) besitzen noch aus sonstigen Gründen zum Aufenthalt in Deutschland berechtigt sind. Nach § 95 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG werden Angehörige dieses Personenkreises mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wenn sie sich ohne erforderlichen Aufenthaltstitel im Bundesgebiet aufhalten, soweit

- a) sie vollziehbar ausreisepflichtig sind,

- b) ihnen eine Ausreisefrist nicht gewährt wurde oder diese abgelaufen ist und
- c) deren Abschiebung nicht ausgesetzt ist.“

In der Dringlichen Anfrage „Was tut die Landesregierung gegen Asylmissbrauch?“ wurde am 14. Dezember 2016 der Umgang der Landesregierung mit dem Verhalten einer 14-köpfigen Familie thematisiert, die trotz Ablehnung ihrer Asylanträge und angedrohter Abschiebung nicht ausreiste. Auf die Frage der Abgeordneten Angelika Jahns „Könnte sie“ (Anm.: die Landesregierung) „sich vorstellen, dass es möglich ist, dass diese Familie Gesundheitsleistungen aus dem 1,5-Millionen-Euro-Programm in Anspruch nimmt?“ antwortete Minister Pistorius. „Das kann ich mir nicht vorstellen. Aber ob es so ist, lasse ich gerne prüfen.“

1. **Zu welchem Ergebnis hat die von Minister Pistorius veranlasste Prüfung geführt?**
2. **Könnten untergetauchte Asyilleistungsbetrüger mit mehreren Identitäten im Rahmen des Modellprojekts einen anonymen Krankenschein erlangen, ohne in diesem Zusammenhang Angst vor der Aufdeckung ihrer Identität, vor der Verhaftung bzw. vor der Abschiebung haben zu müssen? Falls nein, bitte genau erläutern, weshalb das nicht möglich ist.**
3. **Könnten ausreisepflichtige Gefährder mit islamistischem Hintergrund im Rahmen des Modellprojekts einen anonymen Krankenschein erlangen, ohne in diesem Zusammenhang Angst vor der Aufdeckung ihrer Identität, vor der Verhaftung bzw. vor der Abschiebung haben zu müssen? Falls nein, bitte genau erläutern, weshalb das nicht möglich ist.**

11. **NOZ: „Niedersachsen und Bremen lassen Bundesmittel für Straßen verfallen“**

Abgeordneter Dirk Toepffer (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Nach einem Bericht der *NOZ* vom 31. Dezember 2016 gibt das Land Niedersachsen insgesamt 19 Millionen Euro an Bundesmitteln für den Straßenbau an das Bundesverkehrsministerium zurück. Der Grund dafür sei, so die Zeitung weiter, dass Planungen nicht abgeschlossen werden konnten oder Baukapazitäten nicht ausreichend vorhanden seien. Die *NOZ* bezieht sich mit ihrem Bericht auf eine Meldung der *Bild-Zeitung*, die weiter ausführt, dass von den seitens Niedersachsen zurückgegebenen Bundesmitteln nun die Länder Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen profitieren würden.

1. **Die Zahlen, auf die sich die oben zitierte Berichterstattung bezieht, haben den Stand Ende November 2016. Wie hoch ist die Summe der an den Bund zurückgegebenen Straßenbaumittel mit Stand 31. Dezember 2016?**
2. **Welche Straßenbauprojekte konnten aufgrund fehlender Planungs- oder Baukapazitäten nicht fortgeführt werden und sind damit ursächlich für die Rückgabe der Mittel an das Bundesverkehrsministerium (bitte tabellarische Aufstellung der einzelnen Projekte)?**
3. **Wie beabsichtigt Niedersachsen zukünftig, die Rückgabe von Straßenbaumitteln an das Bundesverkehrsministerium zu vermeiden und insbesondere die im Bundesverkehrswegeplan 2030 ausgewiesenen Projekte zeitgerecht zu planen?**

12. Hat Ministerin Rundt am 15. Dezember 2016 im Plenum vollständig und wahrheitsgemäß geantwortet?

Abgeordnete Petra Joumaah, Volker Meyer, Dr. Max Matthiesen, Burkhard Jasper, Gudrun Pieper und Annette Schwarz (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Rahmen der Kleinen Anfrage zur mündlichen Beantwortung Nr. 1 „Welchen besonderen Herausforderungen bei der Behandlung kranker Straftäter müssen sich die niedersächsischen Maßregelvollzugseinrichtungen künftig stellen?“ stellte die Abgeordnete Petra Joumaah im Plenum folgende Zusatzfrage: „Frau Ministerin, ich wüsste gerne, wie viele der in 2016 entwichenen Straftäter derzeit noch flüchtig sind.“ Ministerin Rundt antwortete: „Insgesamt sind im Moment zwei der entwichenen Patientinnen bzw. Patienten noch nicht zurückgekehrt. Ein Fall geht auf das Jahr 2007 zurück. Das ist jemand mit ausländischer Staatsangehörigkeit, bei dem wir davon ausgehen dürfen, dass er sich in sein Mutterland abgesetzt hat und nicht mehr erreichbar ist. Der andere ist im Moment noch nach einer Lockerung unterwegs. Das war also eine passive Entweichung. Das heißt, im Moment wird aktiv nach einer Person gesucht. Der Straftatbestand bei diesem Patienten war, wenn ich mich recht erinnere, Fahren ohne Fahrerlaubnis und in alkoholisiertem Zustand.“

- 1. Wann und aus welcher Einrichtung ist der von Ministerin Rundt erwähnte Straftäter passiv entwichen?**
- 2. Wie viele der am 17. November 2016 aus dem AWO-Psychiatrie-Zentrum Königslutter entwichenen drei Straftäter waren am 15. Dezember 2016 noch flüchtig?**
- 3. Hat Ministerin Rundt am 15. Dezember 2016 vollständig und wahrheitsgemäß geantwortet?**

13. Digitale Warnschilder auf der A2 - Wann und wo?

Abgeordneter Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 13. September 2016 gab das Niedersächsische Verkehrsministerium eine Pressemitteilung mit dem Titel „Minister Lies: ‚Besserer Verkehrsfluss, mehr Sicherheit‘“ heraus. Im ersten Absatz dieser Pressemitteilung wird über die Installation von zehn hochmodernen digitalen Hinweisschildern in den nächsten Wochen berichtet. Wörtlich heißt es: „Der Probebetrieb der Anlage wird im November aufgenommen, der eigentliche Betrieb beginnt voraussichtlich im Dezember.“

Am 3. Januar 2017 berichtet NDR.de unter der Überschrift „Neue Baustellen: So wird 2017 auf den Autobahnen“, dass auch im Jahr 2017 auf Niedersachsens Straßen viel gebaut werde und Autofahrer sich dementsprechend auf einige Behinderungen einzustellen hätten. Im zweiten Absatz des Artikels unter der Überschrift: „Digitale Warnschilder sollen Unfälle auf A2 verhindern“ heißt es, es solle „demnächst mit digitalen Warnschildern frühzeitig auf die Gefahrenschwerpunkte hingewiesen werden. Sie sollen im Frühjahr installiert werden“.

Bezug nimmt dieser Absatz ebenso wie die vorzitierte Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums auf den Streckenabschnitt der A2 zwischen Hannover und Helmstedt.

- 1. Sind die in der Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 13. September 2016 zitierten digitalen Warnschilder bereits installiert und in Betrieb genommen?**
- 2. Handelt es sich bei den in der Mitteilung des NDR vom 3. Januar 2017 zitierten digitalen Warnschildern um zusätzliche Hinweisschilder?**
- 3. Wenn nein, warum kam es zu Verzögerungen bei der laut Mitteilung des Wirtschaftsministeriums bereits für November/Dezember 2016 geplanten Inbetriebnahme der o.g. digitalen Warnschilder?**

14. In welcher Form kann das Land nicht mehr benötigtes Bau- und Ausstattungsmaterial aus dem Rückbau von Flüchtlingsunterkünften gemeinnützig arbeitenden Vereinen und Verbänden zur Verfügung stellen?

Abgeordneter Dr. Stephan Siemer (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die niedersächsischen Kommunen wurden vom Land im Zuge der Aufnahme von Flüchtlingen in 2015 und 2016 umfassend zur Unterstützung verpflichtet. Im Rahmen der Amtshilfe errichteten die Kommunen schnell und unbürokratisch Unterkünfte für die Unterbringung von Flüchtlingen. Für die Einrichtung der Unterkünfte in Sporthallen, nicht genutzten Verbrauchermärkten etc. wurden zahlreiche sogenannte OSB-Platten, mobile Heizanlagen, Etagenbetten etc. eingesetzt. Mit dem Rückgang der Zahl der ankommenden Flüchtlinge konnte das Land auf die Nutzung zahlreicher solcher Unterkünfte verzichten. Die Kommunen haben den Rückbau veranlasst und weiter verwertbares, nicht mehr benötigtes Material eingelagert. Das Land hat den Landkreisen und Kommunen per Erlass mitgeteilt, dass die zur Errichtung der Unterkünfte eingesetzten Vermögensgegenstände Eigentum des Landes sind.

Nach dem Rückbau der Unterkünfte stehen diese Vermögensgegenstände, also OSB-Platten, mobile Heizungen, Etagenbetten, in großer Zahl zur Verfügung. Diese Gegenstände sind gebraucht und daher wahrscheinlich nur noch mit deutlichen Abschlägen auf den Neuwert zu vermarkten. Werden diese Gegenstände nicht weiter genutzt, müssten sie dauerhaft unter Entstehung weiterer Logistikkosten eingelagert werden. Zahlreiche gemeinnützig arbeitende Vereine und Verbände haben bei Landkreisen und Kommunen angefragt, ob und, wenn ja, zu welchen Konditionen sie derartige Vermögensgegenstände aus dem Rückbau der Flüchtlingsunterkünfte übernehmen könnten.

- 1. In welchem Umfang hat die Landesregierung ein Inventarverzeichnis über die nicht mehr benötigten Vermögensgegenstände aus dem Rückbau von Flüchtlingsunterkünften erstellt?**
- 2. Unter welchen Bedingungen und zu welchen Konditionen kann das Land diese nicht mehr benötigte Vermögensgegenstände an gemeinnützig arbeitende Vereine und Verbände bzw. für gemeinnützige Zwecke abgeben?**
- 3. Wie soll mit solchen Vermögensgegenständen verfahren werden, die durch den Ein- und Rückbau so stark im Wert gemindert sind (z. B. OSB-Platten), dass ein Verkauf nicht oder kaum noch möglich ist?**

15. Inwieweit fördert das Land Sprachkurse für hoch qualifizierte Flüchtlinge?

Abgeordnete Jörg Hillmer und Burkhard Jasper (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine grundlegende Voraussetzung zur Integration von Flüchtlingen in Niedersachsen. Deshalb hat der Landtag Mittel für Sprachkurse für erwachsene Flüchtlinge bereitgestellt. Während das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Kosten für die Sprachkurse A 1, A 2 und B 1 unter bestimmten Voraussetzungen übernimmt, berichten Flüchtlinge mit akademischer Ausbildung in ihren Herkunftsländern wie z. B. Ärzte und Apotheker, dass sie Kurse auf den Niveaus B 2 und C 1 selbst finanzieren müssen. Deutschkenntnisse auf hohem Niveau sind für einen Arbeitsmarktzugang in diesen Berufen unerlässlich.

- 1. Inwieweit unterstützt die Landesregierung hoch qualifizierte Flüchtlinge wie z. B. Ärzte und Apotheker beim Erwerb der deutschen Sprache bis auf ein so hohes Niveau, wie es für die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit in diesen Berufen in Deutschland erforderlich ist?**
- 2. Unter welchen Voraussetzungen erhalten Bildungsträger eine finanzielle Unterstützung seitens des Landes, wenn sie Sprachkurse für hoch qualifizierte Flüchtlinge ab dem Niveau B 2/C 1 anbieten?**

3. **Welche Möglichkeiten haben beispielsweise Flüchtlinge, die ausgebildete Ärzte sind und eine Bleibeperspektive haben, an Hochschulen oder bei Bildungsträgern geförderte Sprachkurse zu belegen, um ihnen eine schnelle Integration in den deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen?**

16. Was bedeutet das neue Bundesprogramm zum Ausbau der Kindertagesbetreuung für Niedersachsen?

Abgeordnete Astrid Vockert und Kai Seefried (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Laut einer Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat das Bundeskabinett am 14. Dezember 2016 das Gesetz zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung auf den Weg gebracht. In der Mitteilung heißt es: „Für das neue Investitionsprogramm soll das vom Bund im Jahr 2007 eingerichtete Sondervermögen in den Jahren 2017 bis 2020 um insgesamt 1,126 Milliarden Euro aufgestockt werden. Die Mittel werden den Ländern zur Bewältigung der Herausforderungen für einen weiteren Ausbau des Betreuungsangebotes zur Verfügung gestellt.“

1. **Wie viel Geld aus dem neuen Förderprogramm wird für Niedersachsen zur Verfügung stehen?**
2. **Wann wird die neue Landesförderrichtlinie vorliegen, über die die Kommunen Mittel beantragen können?**
3. **Welche Fördersumme ist pro gefördertem Platz nach derzeitiger Planung vorgesehen?**

17. Soll die Forschung im Bereich der Geothermie in Niedersachsen weitergeführt werden?

Abgeordnete Ernst-Ingolf Angermann und Burkhard Jasper (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Beim Parlamentarischen Abend der Akademie für Geowissenschaften und Geotechnologien e. V. am 22. November 2016 in Hannover wurde auf die Bedeutung der Geothermie hingewiesen und gefordert, dass Niedersachsen in der Forschung gegenüber den beiden anderen Bundesländern mit Hauptgebieten für Tiefengeothermie nicht zurückfallen dürfe.

1. **Wie ist der Sachstand bei der Erforschung der Geothermie in Niedersachsen?**
2. **Hält die Landesregierung die Tiefengeothermie-Forschung für Niedersachsen für so bedeutend, dass sie diese weiterhin unterstützen wird?**
3. **Wird die Landesregierung die zurzeit laufende Projektförderung für den Drilling-Bohrsimulator in Celle auch über das Jahr 2020 hinaus als institutionelle Förderung fortsetzen?**

18. Lerngruppen als Einführungsphase: Abitur nach 14 Jahren für G8-Schüler an Gymnasien?

Abgeordneter Kai Seefried (CDU)

Vorbemerkung der/des Abgeordneten

Das Kultusministerium richtet im Schuljahr 2017/2018 an 25 Schulstandorten Lerngruppen für eine gesonderte Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe an Gymnasien und nach Schulzweigen gegliederten Kooperativen Gesamtschulen (KGS) ein. Mit diesem Zusatzangebot erhalten Schülerinnen und Schüler insbesondere von Oberschulen und Realschulen mit einem Erweiterten Sekundarabschluss I eine Möglichkeit, das Abitur nach 13 Schuljahren abzulegen. Damit wird vermeiden, dass sie, bedingt durch die Wiedereinführung des neunjährigen gymnasialen Bindungsgangs,

ihr Abitur erst nach 14 Jahren ablegen können, weil es im Schuljahr 2017/2018 keine reguläre Einführungsphase an Gymnasien und KGS geben wird.

Aus einem Eckpunktepapier vom 13. Dezember 2016, das das Kultusministerium den Schulen zur Verfügung gestellt hat, geht hervor, dass Gymnasiasten im 10. Schuljahrgang, die am Ende des laufenden Schuljahrs 2016/2017 das Klassenziel nicht erreichen, offenbar nicht in die neuen Lerngruppen aufgenommen werden sollen. Statt nach zwölf Schuljahren würden diese Schüler des letzten G8-Jahrgangs dann ihr Abitur nach 14 Schuljahren ablegen.

- 1. Trifft es zu, dass Gymnasiasten im 10. Schuljahrgang, die am Ende des laufenden Schuljahrs 2016/2017 das Klassenziel nicht erreichen, nicht in die neuen Lerngruppen aufgenommen werden sollen?**
- 2. Falls zutreffend: Warum werden die Lerngruppen nicht für diese Schülergruppe geöffnet?**
- 3. Wie viele Schülerinnen und Schüler haben im Rückblick auf die letzten drei Schuljahre jeweils das Klassenziel im 10. Schuljahrgang an Gymnasien nicht erreicht?**

19. Stoßen die Konditionen der NBank für die Förderung von Mietwohnraum für gemeinschaftliche Wohnformen bei den Investoren auf Zustimmung?

Abgeordneter Reinhold Hilbers (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die NBank fördert die Schaffung von Mietwohnraum für Wohngruppen und Wohngemeinschaften für Menschen ab 60 Jahre, Menschen mit Behinderung sowie hilfe- und pflegebedürftige Menschen einschließlich des generationenübergreifenden Wohnens mit zinslosen Darlehen. Bauvorhaben für „Betreutes Wohnen“ haben Vorrang. Dabei sind neben den Mietverträgen Betreuungsverträge entsprechend dem Musterbetreuungsvertrag auf der Internetseite der NBank abzuschließen.

Für Investoren, die Mietwohnraum für ambulant betreute Wohngemeinschaften schaffen wollen, ist bei ihren Überlegungen, ob für das Vorhaben ein NBank-Darlehen in Anspruch genommen wird, zu bedenken, dass eine ambulant betreute Wohngemeinschaft überwiegend aus nicht individuell genutzten Wohn- und Schlafräumen, sondern aus gemeinschaftlich genutzten Flächen besteht. Die Miete wird von den Bewohnerinnen und Bewohnern daher nicht für einen Quadratmeter Wohnfläche, sondern für das Konzept gezahlt. Da in einer Wohngemeinschaft viele Flächen aus der klassischen Wohnflächenberechnung herausfallen, ist somit eine Einhaltung der Mietobergrenzen viel schwieriger als in anderen Projekten. Zum Beispiel müssen sinnvollerweise Abstellflächen und Aufladestationen für E-Mobile und E-Bikes geschaffen werden, die nur über eine höhere Miete refinanziert werden können.

Weiterhin ist zu bedenken, ob das von der NBank an die Wohnraumförderung für betreute Wohngemeinschaften gebundene Muster für einen Betreuungsvertrag, das eine maximale Betreuungspauschale von 70 Euro pro Bewohner und Monat vorsieht, für eine im Rahmen einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft zu leistende 7x24-Stunden-Betreuung auskömmlich und realistisch ist.

- 1. Sieht die Landesregierung die Konditionen für die Förderung von Mietwohnraum für gemeinschaftliche Wohnformen als attraktiv für Investoren an?**
- 2. Wie viele ambulant betreute Wohngemeinschaften wurden seit 1. Februar 2016 mit Krediten aus dem Wohnraumförderfonds gefördert?**
- 3. Ist das von der NBank vergebene Vertragsmuster für einen Betreuungsvertrag mit den darin genannten Höchstbeträgen nach Inkrafttreten des NuWG an die neue Rechtslage angepasst worden?**

20. Soll bei der MHH ein Neubau für die forensische Psychiatrie errichtet werden?

Abgeordneter Burkhard Jasper (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Schon seit Jahren wird über die Baumaßnahmen bei der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) diskutiert. In diesem Zusammenhang gibt es auch Überlegungen, einen Neubau für die forensische Psychiatrie zu errichten.

1. **Gibt es Planungen für den Neubau einer forensischen Psychiatrie bei der MHH, bzw. hat es dazu Gespräche mit der Leitung der MHH gegeben?**
2. **Falls ja zu 1., welche Überlegungen gibt es zur Finanzierung des Neubaus?**
3. **Welche Alternativen zu einem Neubau sind möglich?**

21. Wird das Land Nutztierhaltern, die ihren Betrieb im Lebensraum der Goldenstedter Wölfin haben, Mittel für den Herdenschutz gewähren und eine Herdenschutzkulisse errichten?

Abgeordnete Dr. Stephan Siemer, Karl-Heinz-Klare und Volker Meyer (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die sogenannte Goldenstedter Wölfin reißt seit Jahren Schafe und andere Nutztiere in ihrem Lebensbereich und dies zum Teil auch auf Weiden, die mit einem wolfsabweisenden Schutz versehen sind. Wie die *Oldenburgische Volkszeitung* am 18. Januar 2017 berichtet, liege nun der gesicherte Beweis vor, dass sich ein Rüde der Wölfin hinzugesellt habe. Vor diesem Hintergrund bestehe die Möglichkeit, dass sich im Bereich des Goldenstedter und Diepholzer Moores ein Wolfsrudel etablieren werde. Wenn die Wölfin ihre Jagdpräferenz an den Rüden und an kommende Wolfsgenerationen weitergebe, würden neben Schafen auch andere Nutztiere wie Rinder und Pferde in ihren Weiden vermehrt Ziel von Angriffen durch Wölfe sein.

1. **Besteht aus Sicht der Landesregierung die Möglichkeit, dass sich ein Wolfsrudel im bisherigen Lebensbereich der Goldenstedter Wölfin etabliert?**
2. **Welche Gefahr geht aus Sicht der Landesregierung von einem solchen Wolfsrudel für Nutztiere wie Rinder und Pferde aus?**
3. **In welchem Umfang und in welcher Form wird die Landesregierung neben Schäfern auch andere Nutztierhalter bei der Etablierung wolfsabweisender Schutzmaßnahmen unterstützen?**

22. Kostete die Vogelgrippe das Leben von Hunderttausenden Küken?

Abgeordnete Helmut Dammann-Tamke, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Hans-Heinrich Ehlen und Frank Oesterhelweg (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Nach Recherchen der *NOZ* seien im Zuge der Vogelgrippe nicht nur bislang über 260 000 ausgewachsene Tiere, sondern auch mehrere Hunderttausend Küken in Niedersachsen getötet worden. Grund hierfür solle sein, dass Brütereien ihre Tiere aufgrund der Geflügelpest nicht exportieren könnten und in Ställen hierzulande kein Platz mehr sei. „Bereits jetzt sollen etwa 100 000 Tiere getötet worden sein, die Zahl könnte in den kommenden Tagen deutlich steigen“, berichtet Dirk Fisser in der *NOZ* am 16. Januar 2017 (Artikel: „Aus dem Ei in den Tod“).

Das Landwirtschaftsministerium teilt auf Anfrage mit, dass Lösungen bereits gesucht würden, um die massenhafte Tötung zu verhindern.

1. **Wie viele Küken (Hähnchen und Puten) wurden bislang im Rahmen des Ausbruchs der Vogelgrippe in Niedersachsen im Jahr 2016 und 2017 getötet?**

2. **Mit wie vielen zusätzlichen Tötungen rechnet die Landesregierung in den kommenden Wochen?**
3. **Welche Lösungen sieht die Landesregierung vor, um die Tötungen zu verhindern, und von wem ist die Umsetzung abhängig?**

23. Wie erklärt die Landesregierung die unterdurchschnittlichen Werte Niedersachsens im Bundesländerindex Mobilität und Umwelt?

Abgeordneter Martin Bäumer (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 14. Dezember 2016 berichtete dpa unter der Überschrift „Ministerien kritisieren Umweltstudie als unseriös und falsch“ über eine bundesweite Untersuchung zu den Themen Verkehrssicherheit, Lärminderung, Flächenverbrauch und Luftqualität.

Niedersachsen schnitt demnach im Bundesländervergleich mit Platz 11 unterdurchschnittlich ab. Schlechte Werte erzielte Niedersachsen u. a. beim Klimaschutz und der Verkehrssicherheit. Die Verfasser der Studie warfen der Landesregierung laut dpa vor, kein Verkehrskonzept zu haben. Zudem steige auch der CO₂-Ausstoß in Niedersachsen stetig, ohne dass das Land ein eigenes Klimaschutzziel festgelegt habe. Die Luftqualität in Niedersachsen liegt der Studie zufolge im Ländervergleich im unteren Drittel.

Laut dpa wurde die Untersuchung mit dem Titel „Bundesländerindex Mobilität und Umwelt“ vom BUND, dem Verkehrsbündnis Allianz pro Schiene sowie dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat in Auftrag gegeben. Niedersachsen gehörte neben Bayern und Sachsen zu den drei Bundesländern, die die Fragebögen der Forscher nicht beantwortet hätten. Die Wissenschaftler recherchierten demnach selbst die fehlenden Daten. Dafür seien Statistiken und politische Entscheidungen ausgewertet worden.

Als Reaktion auf die Studie wiesen die zuständigen Ministerien für Wirtschaft und Umwelt die Ergebnisse laut dpa als unseriös zurück, weil das Umweltministerium gar nicht mit einbezogen worden sei.

1. **Welche niedersächsischen Landesministerien sind von den Autoren der Studie im Vorfeld angeschrieben worden?**
2. **Inwiefern hat es wegen der Beantwortung der Fragebögen eine Abstimmung zwischen dem Wirtschafts- und dem Umweltministerium gegeben?**
3. **Wie erklärt sich die Landesregierung das unterdurchschnittliche Abschneiden Niedersachsens im Ländervergleich im Bereich Luftqualität und Klimaschutz?**

24. Konnte die Lehrgangsquote an der NABK verbessert werden?

Abgeordnete Rainer Fredermann, Angelika Jahns und Thomas Adasch (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die niedersächsischen Feuerwehren beklagen, dass der von ihnen angemeldete Lehrgangsbedarf durch die Niedersächsische Akademie für Brandt und Katastrophenschutz (NABK) nicht gedeckt werde. So berichtete beispielsweise der Gemeindebrandmeister der Gemeinde Isernhagen in einer Jahreshauptversammlung am 14. Januar 2017, dass die Feuerwehr der Gemeinde Isernhagen von 20 beantragten Lehrgängen zur technischen Hilfeleistung lediglich zwei erhalten habe. Insgesamt soll die Feuerwehr der Gemeinde Isernhagen lediglich 27 % der beantragten Lehrgänge von der NABK zugesagt bekommen haben.

1. **Wie hoch ist der von den Feuerwehren Niedersachsens für das Jahr 2017 angemeldete Bedarf an Lehrgängen?**
2. **Wie viele Lehrgänge bietet das Land im Jahr 2017 tatsächlich an?**

3. Wie hat sich das Verhältnis zwischen angeforderten Lehrgängen und durchgeführten Lehrgängen seit 2013 entwickelt?

25. Wie viele „Gefährder“ gibt es in Niedersachsen?

Abgeordnete Jens Nacke, Thomas Adasch, Angelika Jahns und Editha Lorberg (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Welt Online berichtete am 8. Januar 2017 („62 gefährliche Islamisten müssten sofort abgeschoben werden“), dass gegenwärtig in Deutschland insgesamt 550 „Gefährder“ bekannt seien. Laut Auskunft des Bundesinnenministeriums sollen 224 „Gefährder“ dabei eine ausländische Staatsangehörigkeit haben. 62 hiervon sollen laut *Welt* ausreisepflichtig sein.

- 1. Wie viele „Gefährder“ leben in Niedersachsen oder stammen aus Niedersachsen?**
- 2. Wie viele „Gefährder“ haben welche Staatsangehörigkeiten neben oder statt der deutschen?**
- 3. Wie viele „Gefährder“ aus welchen Herkunftsstaaten sind in Niedersachsen ausreisepflichtig?**

26. Was tut die Landesregierung, um den Aufenthalt von ausreisepflichtigen Personen aus Nordafrika zu beenden?

Abgeordnete Editha Lorberg, Angelika Jahns und Thomas Adasch (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Gegenwärtig wird eine umfassende politische Debatte über die Beendigung des Aufenthaltes von ausreisepflichtigen Personen aus nordafrikanischen Staaten geführt. Aus Düsseldorf wird berichtet, dass sich dort eine kriminelle Szene mit Personen aus diesen Staaten gebildet habe.

- 1. Wie hat sich die Zahl der ausreisepflichtigen Personen aus Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten einschließlich Abschiebungen und freiwilligen Rückreisen im Jahr 2016 entwickelt?**
- 2. Wie viele Personen aus den genannten Staaten sind gegenwärtig ausreisepflichtig und zuvor straffällig geworden?**
- 3. Was tut die Landesregierung, um die Beendigung des Aufenthaltes von Ausreisepflichtigen aus den genannten Ländern besser durchzusetzen?**

27. Leiteten Imame der DITIB auch aus Niedersachsen Informationen über Gülen-Anhänger an türkische Behörden?

Abgeordnete Angelika Jahns, Thomas Adasch und Rainer Fredermann (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. Januar 2017 berichtet, dass der Generalsekretär der „türkisch-islamischen Union der Anstalt für Religion“ (DITIB), Herr Bekir Alboga, in einem Gespräch mit der *Rheinischen Post* bestätigt habe, dass mehrere Imame in Deutschland Informationen zu Anhängern der Gülen-Bewegung an türkische Behörden weitergeleitet hätten. Hintergrund hierzu soll eine schriftliche Anweisung des türkischen Religionspräsidiums Diyanet gewesen sein. Später erklärte Herr Alboga jedoch, er habe keine Bespitzelungsvorwürfe bestätigt. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat mit Herrn Alboga nach entsprechenden Berichten jedoch ein Gespräch geführt.

Die *Nordwest-Zeitung* vom 17. Januar 2017 berichtet („Islamverband DITIB unter der Lupe“), dass das Land Niedersachsen nach den „Spitzelvorwürfen“ gegen einige Imame des muslimischen Ver-

bandes DITIB seine Haltung zum DITIB-Landesverband Niedersachsen/Bremen überprüfen wolle. Die Landesregierung habe allerdings bislang keine Erkenntnisse, die darauf schließen ließen, dass es aus dem Landesverband Bespitzelung gegeben hätte.

Die *Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ)* berichtete in ihrer Ausgabe vom 30. November 2016 („Erdogan-Anhänger denunzieren Staatsfeinde in Osnabrück“) von einer Liste mit 31 Namen aus dem Raum Osnabrück. Die Personen auf dieser Liste sollen der sogenannten Gülen-Bewegung nahe stehen. In dieser Angelegenheit solle jetzt der Staatsschutz ermitteln. Die *NOZ* berichtet hierzu, dass zu den Methoden der Erdogan-Anhänger Gewalt, Hetze und Verrat gehörten.

1. **Wie will die Landesregierung ihr Verhältnis zum muslimischen Verband DITIB überprüfen?**
2. **Wie viele Fälle von Namenslisten, Stigmatisierungen, Schmierereien an Hauswänden bis hin zu körperlichen Angriffen von tatsächlichen und vermeintlichen Gülen-Anhängern sind der Landesregierung bekannt?**
3. **Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bislang getroffen, um die Bespitzelung und Angriffe gegen Anhänger der Gülen-Bewegung auch in Niedersachsen zu verhindern?**

28. „Nachtwölfe“ in Niedersachsen?

Abgeordneter Marco Brunotte (SPD)

Vorbemerkung des Abgeordneten

„Nachtwölfe MC“ ist ein russischer Motorrad- und Rockerclub. Er hat eine enge Verbindung zur russischen Regierung und vertritt nationalistische und christlich-orthodoxe Ansichten. Der Club soll mehr als 5 000 Mitglieder haben und verfügt über Ableger in mehreren europäischen Ländern.

Während der russischen Annexion der Halbinsel Krim waren auch die „Nachtwölfe“ beteiligt. Der Vorsitzende des Clubs, Alexander Saldostanow, wurde deswegen u. a. von den USA und Kanada mit Sanktionen belegt. Besondere Aufmerksamkeit in Deutschland erlangten die „Nachtwölfe“ durch ihre Fahrt nach Berlin zum „Tag des Sieges 2015.“

Aktivitäten durch russische Organisationen in Deutschland stehen seit mehreren Jahren unter einem besonderen Fokus der Sicherheitsbehörden. Der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz warnten im Jahr 2016 mehrfach vor gezielten Aktionen Russlands zur sogenannten Destabilisierung Deutschlands. Es wurde u. a. vor dem „hohen Mobilisierungspotenzial“ unter den in Deutschland lebenden Russlanddeutschen durch Propagandaaktionen und Fehlinformationen gewarnt.

1. **Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Aktivitäten der „Nachtwölfe“ in Niedersachsen?**
2. **Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Verbindungen von niedersächsischen Rockergruppen oder anderen Organisationen zu den „Nachtwölfen“?**
3. **Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Aktivitäten anderer osteuropäischer Motorrad- und Rockerclubs in Niedersachsen?**

29. Wie reagiert die Landesregierung auf die steigende Zahl von Pedelec-Unfällen?

Abgeordneter Karsten Heineking (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Spiegel Online berichtete am 10. Januar 2017 über die steigende Zahl von mit Elektromotoren ausgestatteten Fahrrädern, sogenannte Pedelecs. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes waren Pedelecs zwischen Januar und September 2016 in 3214 Unfälle mit 46 Todesfällen verwickelt. Dies

entspricht einem Anstieg um 39 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Unfälle von Radfahrern ohne Motorenunterstützung stieg hingegen lediglich um rund 6 %.

1. **Plant die Landesregierung Veränderungen im Radwegkonzept zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Pedelecs und gegebenenfalls welche?**
2. **Plant die Landesregierung Maßnahmen gegen die Unfallgefährdung durch Pedelecs?**
3. **Welche Rolle spielen Pedelecs bei den Überlegungen der Landesregierung zur Schaffung von Radschnellwegen?**

30. Bleibt die Landesregierung laut aktuellem „Bundesländerindex Mobilität und Umwelt“ ein Verkehrssicherheitskonzept schuldig?

Abgeordnete Karl-Heinz Bley und Karsten Heineking (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 14. Dezember 2016 berichtete dpa unter der Überschrift „Ministerien kritisieren Umweltstudie als unseriös und falsch“ über eine bundesweite Untersuchung zu den Themen Verkehrssicherheit, Lärminderung, Flächenverbrauch und Luftqualität.

Niedersachsen schnitt demnach im Bundesländervergleich mit Platz 11 unterdurchschnittlich ab. Schlechte Werte erzielte Niedersachsen u. a. beim Klimaschutz und der Verkehrssicherheit. Die Verfasser der Studie warfen der Landesregierung laut dpa vor, kein Verkehrskonzept zu haben.

Ein Sprecher des Verkehrsministeriums bezeichnete den Vorwurf, dass Niedersachsen über kein Verkehrssicherheitsprogramm verfüge, als falsch. Er verwies gegenüber dpa auf das Projekt Baumunfälle und auf das Programm „Tippen tötet“.

Laut dpa sei die Untersuchung mit dem Titel „Bundesländerindex Mobilität und Umwelt“ vom BUND, dem Verkehrsbündnis Allianz pro Schiene sowie dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat in Auftrag gegeben worden. Niedersachsen gehöre neben Bayern und Sachsen zu den drei Bundesländern, die die Fragebögen der Forscher nicht beantwortet hätten. Die Wissenschaftler recherchierten demnach selbst die fehlenden Daten. Dafür seien Statistiken und politische Entscheidungen ausgewertet worden.

1. **Welche Fehler wirft die Landesregierung den Wissenschaftlern bei der Erstellung der Studie vor?**
2. **Welche konkreten Schritte hat das Wirtschaftsministerium unternommen, um den Fragebogen zu beantworten?**
3. **Aus welchen Gründen vertritt die Landesregierung die Auffassung, unter Verweis auf das Projekt Baumunfälle und auf das Programm „Tippen tötet“ von einem Verkehrssicherheitsprogramm des Landes sprechen zu können?**

31. Wie unterstützt die Landesregierung geflüchtete Mediziner, damit diese in Deutschland als Arzt tätig sein können?

Abgeordneter Burkhard Jasper (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Unter den Flüchtlingen aus Syrien sind hochqualifizierte Personen. Nach Angaben aus Flüchtlingskreisen leben allein in Osnabrück 15 bis 20 Ärztinnen und Ärzte, die ihren Beruf nicht ausüben können.

1. **Welche Hürden, die eine Tätigkeit als Arzt in Deutschland verhindern, gibt es neben nicht ausreichenden Sprachkenntnissen?**
2. **Welche Aktivitäten hat die Landesregierung ergriffen, um diese Hürden zu überwinden?**

3. **Gibt es in Niedersachsen spezielle Prüfungen für Ärzte aus dem Ausland, um ein Praktizieren in Deutschland zu ermöglichen?**

32. **Wurden die rechtlichen Möglichkeiten des § 12 Abs. 6 NSOG zur „Schleierfahndung“ seit 2013 genutzt?**

Abgeordnete Jens Nacke, Angelika Jahns und Thomas Adasch (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die niedersächsische Polizei darf gemäß § 12 Abs. 6 des NSOG auf der Grundlage polizeilicher Lagekenntnisse zur Verhütung von Straftaten von erheblicher Bedeutung mit internationalem Bezug jede im öffentlichen Verkehrsraum angetroffene Person kurzzeitig anhalten, befragen und von ihr mitgeführte Sachen in Augenschein nehmen. Dies ist eine Form der sogenannten Schleierfahndung nach dem Vorbild des Art. 13 Abs. 1 Nr. 5 des bayrischen Polizeiaufgabengesetzes.

Die Landesregierung will diese Regelung entsprechend dem Koalitionsvertrag einschränken. Mit der Drs. 17/6232 legte sie einen Gesetzentwurf vor, der besondere Anforderungen an die Anwendung stellte und die Anordnung durch die Behördenleiterin oder den Behördenleiter vorsieht.

Mit dem Gesetzentwurf in der Drucksache 17/6868 möchte die Landesregierung diese Regelung hingegen noch wieder anders fassen und geringere Voraussetzungen zur Anwendung festschreiben. In dem Gesetzentwurf begründet die Landesregierung den Verzicht auf die strengere Regelung damit, dass an ihrer vorherigen Einschätzung nunmehr Zweifel bestünden, die sich durch weitere Prüfungen und Abstimmungen mit der polizeilichen Praxis verdichtet hätten.

Die Landesregierung beschreibt im letzten Gesetzentwurf die verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen des Art. 12 Abs. 6 NSOG als wichtiges polizeiliches Mittel.

1. **Wann, wo und wie wurde seit Anfang 2013 das polizeiliche Mittel der verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen in Niedersachsen angewendet?**
2. **Was wurde bei diesen Kontrollen festgestellt (z. B. Personen ohne Aufenthaltserlaubnis, gesuchte Straftäter oder Sicherstellung der Beute von Einbrechern)?**
3. **Schließt die nun von der Landesregierung angestrebte Regelung ein, dass verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen im Umfeld von Moscheen durchgeführt werden dürfen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?**

33. **Aufnahmen von Schülerinnen und Schülern an Gesamtschulen ohne alternative Haupt-, Real- und Oberschulen**

Abgeordnete Björn Försterling, Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns, Christian Dürr und Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Gemäß § 59 a Abs. 1 NSchG kann die Aufnahme an Gesamtschulen beschränkt werden, soweit die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule überschreitet. Da die Integrierte Gesamtschule seit der Schulgesetznovelle 2015 ersetzende Schulform ist, kann der Fall eintreten, dass einzelne Schulformen nicht mehr neben den IGSen angeboten werden. Für die zu beschulenden Kinder und Jugendlichen, die nicht an einer IGS aufgenommen worden sind, stellt sich die Frage, welche Schule sie in diesem Fall besuchen dürfen. Aus der Antwort auf eine Anfrage von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drucksache 17/377) geht hervor, dass zum Schuljahr 2012/2013 an Gesamtschulen mehr Schüler aus höheren Leistungsgruppen als aus niedrigen Leistungsgruppen aufgenommen werden. Eine mögliche Folge der Aufnahmebeschränkung an IGSen könnte sein, dass Gymnasien leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler aufnehmen müssen, welche zuvor von IGSen abgelehnt worden sind.

1. Wird die Aufnahmebeschränkung an Integrierten Gesamtschulen aufgehoben, sofern die Integrierte Gesamtschule in einer Gebietskörperschaft in mindestens einem Schulzweig unter den Schulen in öffentlicher Trägerschaft ersetzend ist?
2. Welches Aufnahmeverfahren setzen Integrierte Gesamtschulen ein, wenn einzelne alternative Schulformen im gegliederten Schulwesen vor Ort nicht vorgehalten werden und es somit keine Übergangsquoten an Schulformen des gegliederten Schulwesens zur Abbildung einzelner Lostöpfe und der darauf entfallenden Anteile an den Plätzen mehr gibt (Grundschule, Hauptschule, Realschule, Oberschule, Gymnasium)?
3. Welche Unterschiede in der Zusammensetzung der Schülerschaft sieht die Landesregierung zwischen Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien, wenn letztere aufgrund des Fehlens von Alternativen eine hohe Zahl leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler aufnehmen müssen?

34. Gibt es in den Geburtsstationen genügend Belegärzte? (Teil 1)

Abgeordnete Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Christian Dürr, Björn Försterling und Horst Kortlang (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Anwesenheit eines Arztes ist für viele werdende Mütter bei der Geburt ein wichtiger Faktor. Ebenso wie bei den Hebammen zeichnen sich aber auch hier Engpässe ab.

1. Welche Erkenntnisse über die Entwicklung von Geburtsstationen sowie die Anzahl der dort belegärztlich tätigen Ärztinnen und Ärzte in der Geburtshilfe in Niedersachsen liegen der Landesregierung vor?
2. Wie haben sich nach Erkenntnis der Landesregierung die Beiträge zur Berufshaftpflicht für die auch in der belegärztlichen Geburtshilfe tätigen Ärztinnen und Ärzte entwickelt?
3. Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass es für das genannte ärztliche Personal keinen Ausgleich für steigende Haftpflichtprämien gibt, wie dieser für Hebammen existiert?

35. Gibt es in den Geburtsstationen genügend Belegärzte? (Teil 2)

Abgeordnete Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Christian Dürr, Björn Försterling und Horst Kortlang (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Anwesenheit eines Arztes ist für viele werdende Mütter bei der Geburt ein wichtiger Faktor. Ebenso wie bei den Hebammen zeichnen sich aber auch hier Engpässe ab.

1. Mit welchen zusätzlichen Kosten haben die in der Geburtshilfe auch belegärztlich tätigen Ärztinnen und Ärzte nach Erkenntnissen der Landesregierung durch weitere im Raum stehende Erhöhungen der Versicherungsbeiträge zu rechnen?
2. Liegen bereits Hinweise vor, dass entsprechend tätige Ärztinnen und Ärzte die belegärztliche Tätigkeit vor dem Hintergrund der Kostenentwicklung einstellen werden?
3. Wie will die Landesregierung sich für die Lösung der angesprochenen Problematik einsetzen?

36. Bespitzelung mutmaßlicher Anhänger der Gülen-Bewegung durch Imame der DITIB in NRW

Abgeordnete Christian Grascha, Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 13. Januar 2016 berichtete, haben in Nordrhein-Westfalen (NRW) mehrere Imame der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) mutmaßliche Anhänger der Gülen-Bewegung, die von Erdogan für der gescheiterten Putschversuch in der Türkei im Juli 2016 verantwortlich gemacht wird, in ihrer Region bespitzelt. Sie sollen die Informationen an die türkische Religionsbehörde „Diyanet“ weitergeleitet haben, die rigoros gegen Anhänger der Gülen-Bewegung vorgeht.

1. **Hat die Landesregierung Kenntnis von vergleichbaren Fällen in Niedersachsen?**
2. **Welche Auswirkungen sieht die Landesregierung hinsichtlich des beabsichtigten Islamvertrages des Landes Niedersachsen mit DITIB?**
3. **Wie bewertet die Landesregierung das Vorgehen der Imame strafrechtlich?**

37. Dokumentationsstelle zur Analyse und Bewertung von Demokratiefeindlichkeit in Niedersachsen

Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Dr. Stefan Birkner und Dr. Marco Genthe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Georg-August-Universität Göttingen hat eine Dokumentationsstelle zur Analyse und Bewertung von Demokratiefeindlichkeit in Niedersachsen eingerichtet, die vom Land Niedersachsen auf Antrag der Hochschule mit 6 Millionen Euro über die nächsten fünf Jahre gefördert wird.

1. **Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt die Mittelzuweisung an die Georg-August-Universität Göttingen für die Dokumentationsstelle?**
2. **Hat die Landesregierung die Einrichtung einer Dokumentationsstelle zur Analyse und Bewertung von Demokratiefeindlichkeit in Niedersachsen ausgeschrieben, und, falls ja, wie viele Einrichtungen haben sich beworben?**
3. **Inwieweit muss die Dokumentationsstelle zur Analyse und Bewertung von Demokratiefeindlichkeit in Niedersachsen politischen Vorgaben der Landesregierung folgen?**

38. Welchen Aufwand verursacht das geplante betriebliche Düngekataster bei den landwirtschaftlichen Betrieben?

Abgeordnete Hermann Grupe, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Horst Kortlang, Christian Dürr und Dr. Marco Genthe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In der *Agra-Europe* erschien am 27. Dezember 2016 ein Bericht zur Einrichtung einer Düngebehörde bei der Landwirtschaftskammer Niedersachsen sowie zur Ausweitung risikoorientierter Düngekontrollen (Länderberichte Seiten 14 bis 15). Demnach würden für Kontrollen im Rahmen des geltenden Düngerechts und zur Umsetzung des geplanten betrieblichen Düngekatasters 16 neue Stellen bei der Düngebehörde eingerichtet. Weiter heißt es: „Zugleich werde mit der neuen Behörde die Grundlage für den Aufbau einer modernen, effizienten und wirksamen düngerechtlichen Kontrolle gelegt. Dies umfasse beispielsweise den elektronischen Abgleich von Betriebsdaten aus verschiedenen Quellen, so dass die Daten nicht mehrfach erhoben werden müssten (...).“

1. **Welche Daten, die im Rahmen des geplanten betrieblichen Düngekatasters erhoben werden sollen, liegen schon jetzt in elektronischer Form vor, sodass bei der Erhebung kein zusätzlicher Aufwand für die Landwirte entsteht?**

2. Welche Daten, die im Rahmen des geplanten betrieblichen Düngekatasters erhoben werden sollen, liegen bis jetzt nicht in elektronischer Form vor, sodass bei der Erhebung zusätzlicher Aufwand für die Landwirte entsteht?
3. Welcher Mehraufwand entsteht durch das geplante betriebliche Düngekataster nach Auffassung der Landesregierung insgesamt für die landwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen?

39. Kennt der Landwirtschaftsminister die Haltung des Landtags zur Änderung des Düngerechts?

Abgeordnete Hermann Grupe, Jörg Bode, Christian Grascha, Horst Kortlang, Dr. Stefan Birkner und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In der *Agra-Europe* vom 9. Januar 2017 ist ein Interview mit Landwirtschaftsminister Meyer anlässlich des Vorsitzes Niedersachsens in der Agrarministerkonferenz im Jahr 2017 erschienen (Länderberichte Seiten 22 bis 24). In diesem Interview äußerte sich der Landwirtschaftsminister zur Novelle der Düngeverordnung: „In Niedersachsen hat sich der Landtag im Übrigen einstimmig dafür ausgesprochen, das Düngerecht, wie von Niedersachsen vorgeschlagen, zu verbessern.“

1. Welche Vorschläge hat Niedersachsen zur Veränderung des Düngerechts gemacht, und welche dieser Vorschläge werden nach aktuellem Stand in der neuen Düngeverordnung im Vergleich zur Entwurfsfassung der Düngeverordnung berücksichtigt?
2. Wann und in welcher Form hat sich der Landtag nach Auffassung der Landesregierung einstimmig dafür ausgesprochen, das Düngerecht, wie von Niedersachsen vorgeschlagen, zu ändern?
3. Für welche Vorschläge Niedersachsens hat sich der Landtag dabei nach Auffassung der Landesregierung konkret ausgesprochen?

40. Will Minister Wenzel Eigentumsrechte beschneiden?

Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Jörg Bode und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Presseberichten zufolge hat Umweltminister Wenzel am Rande eines Besuchs in Uelzen die Landesjägerschaft Niedersachsen aufgefordert, im Falle einer Wolfsvergrämung dem Beauftragten die Freigabe für alle betroffenen Reviere zu erteilen. „Es könne nicht sein, dass man in einem solchen Fall jeden einzelnen Jagdpächter fragen müsse“, so Wenzel. Die Landesjägerschaft entgegnete dieser Aufforderung mit dem Hinweis, dass sie dazu gar nicht befugt sei.

Zudem gab Minister Wenzel bekannt, eine „Wolfs-Taskforce“ einzurichten, die im Bedarfsfall aktiviert werden solle.

1. Inwieweit rechtfertigt nach Auffassung der Landesregierung eine Wolfsvergrämung einen Einschnitt in die Eigentumsrechte der Jagdpächter?
2. Ist die Landesjägerschaft nach Auffassung der Landesregierung befugt, Freigaben zu erteilen?
3. Wer soll Mitglied der „Wolfs-Taskforce“ sein, und welche Rechte soll sie bekommen?

41. Einstellungen von Lehrkräften im Jahr 2017

Abgeordnete Björn Försterling, Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Mit dem Runderlass des Kultusministeriums vom 23. September 2016 wurden der Landesschulbehörde 1 300 Stellen zur Neueinstellung von Lehrkräften zum 1. Februar 2017 zugewiesen. Davon entfallen 600 auf Grund-, Haupt- und Realschulen, 270 auf Oberschulen, 75 auf Förderschulen, 165 auf Gymnasien und 190 auf Gesamtschulen.

- 1. Wie viele der ausgeschriebenen Stellen wurden bereits besetzt (bitte in VZLE und nach Schulformen getrennt anführen)?**
- 2. Wie viele der ausgeschriebenen Stellen wurden jeweils mit Quereinsteigern an Grundschulen bzw. mit Quereinsteigern in den Vorbereitungsdienst besetzt (bitte in VZLE und nach Schulformen getrennt anführen)?**
- 3. Wie viele der ausgeschriebenen Stellen wurden mit Bewerbern besetzt, für deren Fächer an der jeweiligen Schule derzeit kein ausgeprägter fachspezifischer Bedarf besteht (bitte in VZLE und nach Schulformen getrennt anführen)?**

42. Unterstützt die Landesregierung das Feuerschiff „Amrumbank/Deutsche Bucht“?

Abgeordnete Hillgriet Eilers und Jörg Bode (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im August 2016 besuchte Hafenminister Olaf Lies das Museumsfeuerschiff „Amrumbank/Deutsche Bucht“ im Hafen von Emden. Minister Lies zeigte sich laut Berichterstattung „wirklich begeistert“ (*Ostfriesen Zeitung*, 2. August 2016) vom Engagement der Mitglieder des Museumfeuerschiffsvereins und vom historischen Feuerschiff. Die „Amrumbank/Deutsche Bucht“ korrodiert stark von innen nach außen, sodass eine kostenträchtige Generalüberholung erforderlich ist. Ziele der Generalüberholung sind der Erhalt des historischen Exponates sowie der Fahrtüchtigkeit des Schiffes. Seinerzeit hieß es im Artikel „Minister setzt sich für Emden Feuerschiff ein“ (*Ostfriesen Zeitung*, 2. August 2016): „Laut Lies ist die Generalüberholung ‚eine Aufgabe, mit der wir den Verein nicht alleine stehen lassen dürfen‘. Er wolle diesen Weg unterstützen.“

In den Entschließungsanträgen „Traditionsschiffahrt als maritimes Kulturgut sichern, stärken und unterstützen“ (Drucksache 17/1327 und Beschlussempfehlung in der Drucksache 17/3063) und „Traditionsschiffahrt vor dem Untergang bewahren“ (Drucksache 17/6897) hat sich der Landtag fraktionsübergreifend und im Einklang mit der Landesregierung für den Erhalt der Traditionsschiffahrt und deren Unterstützung ausgesprochen.

Gemäß Berichterstattung der *Emder Zeitung* (7. Januar 2017) gibt der Bund für die anstehende Generalüberholung des Museumsfeuerschiffs „Amrumbank/Deutsche Bucht“ 2,2 Millionen Euro. Der hälftige Zuschuss des Bundes ist aber an die noch ausstehende Kofinanzierung gebunden. Folglich titelte die *Ostfriesen Zeitung* am 10. Januar 2017: „Warten auf den Geldsegen aus Hannover“.

- 1. Welche Zusagen hat Minister Lies bzw. die Landesregierung bezüglich des Erhalts des Museumsfeuerschiffs „Amrumbank/Deutsche Bucht“ zu welchem Zeitpunkt gemacht?**
- 2. Ist der Erhalt des Museumsfeuerschiffs „Amrumbank/Deutsche Bucht“ gesichert, bzw. wann wird er gesichert sein?**
- 3. In welchem Titel sind die ausstehenden finanziellen Mittel für den Erhalt/die Generalüberholung des Museumsfeuerschiff „Amrumbank/Deutsche Bucht“ im Landeshaushalt dargestellt?**

43. Wieso hat das Land einen Teil der Jeetzel nicht gekauft?

Abgeordnete Dr. Gero Hocker und Jörg Bode (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Jeetzel ist ein Nebenfluss der Elbe, der bei Hitzacker in diese mündet. Im Stadtgebiet von Hitzacker gehört ein Flurstück der Jeetzel zwischen Elbmündung und Drawehner Torbrücke, bestehend aus dem reinen Flusslauf, der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Flurstück möchte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BimA) nun für 88 600 Euro veräußern. Bei der Jeetzel handelt es sich um ein Gewässer I. Ordnung.

- 1. Wie ist der aktuelle Sachstand des Verkaufsverfahrens des zu veräußernden Teilstücks der Jeetzel?**
- 2. Ist die Landesregierung ihrer Meinung nach für die Jeetzel als Gewässer I. Ordnung zuständig?**
- 3. Ist es zutreffend, dass die Landesregierung den Erwerb des zu veräußernden Teilstücks der Jeetzel abgelehnt hat, und wenn ja, aus welchen Gründen?**

44. Keine Vollzeitbeschäftigung für Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter?

Abgeordnete Gabriela König, Björn Försterling, Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns, Christian Dürr, Christian Grascha und Dr. Marco Genthe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Der Arbeitsentwurf für ein Konzept soziale Arbeit in schulischer Verantwortung des Niedersächsischen Kultusministeriums sieht vor, dass die Landesstellen für sozialpädagogische Fachkräfte mit einem Beschäftigungsvolumen von 50 %, 75 % und 100 % eingerichtet werden. Die Zuweisung des Beschäftigungsvolumens orientiert sich dabei an der Organisationsform des Ganztags schulbetriebs. Lediglich für vollgebundene Ganztagschulen wird ein Beschäftigungsvolumen von 100 % vorgeschlagen. Für die konkrete Zuweisung, so der Entwurf, werden in einem Erlass weitere Komponenten berücksichtigt.

Durch die Umsetzung des Konzepts der Landesregierung können zahlreiche Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter nicht länger in Vollzeit arbeiten, obwohl sie dies wünschen. Aufstockungen durch die Kommunen oder die Beschäftigung der betroffenen Personen im Ganztagsbereich außerhalb ihrer Tätigkeit als Schulsozialarbeiterin oder Schulsozialarbeiter hat die Landes schulbehörde in den letzten Wochen abgelehnt.

- 1. Welche weiteren Komponenten sollen nach Auffassung der Landesregierung bei der Zuweisung des Beschäftigungsvolumens mit welchen konkreten Auswirkungen berücksichtigt werden?**
- 2. Unter welchen Umständen ist die Ergänzung einer Schulsozialarbeiterstelle durch eine Beschäftigung als Schulsozialarbeiterin oder Schulsozialarbeiter durch die Kommune oder durch die Schule jenseits der Schulsozialarbeit im Ganztagsbereich möglich?**
- 3. Wie beurteilt die Landesregierung, dass zahlreichen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern keine Möglichkeit auf eine Vollzeitbeschäftigung haben?**

45. Lange Wartezeiten bei Gutachten in Gerichtsprozessen - Wie soll dieser Engpass behoben werden?

Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Jörg Bode, Dr. Stefan Birkner und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Wie die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* mit Berufung auf den Niedersächsischen Richterbund berichtet, fehlen in Niedersachsen rund 100 Richter und Staatsanwälte. Außerdem würden Ge-

richtsprozesse teilweise deutlich verzögert, da nicht genug Gutachter zur Verfügung stünden. Besonders bei DNA-Gutachten würden lange Wartezeiten entstehen. Deshalb besteht seitens des NRB der Vorschlag, ein Pilotprojekt einzurichten, bei dem sich drei bis fünf Gutachter ausschließlich um gerichtliche Gutachten kümmern sollen.

1. **Wie viele Richter- und Staatsanwaltsstellen sind in Niedersachsen zurzeit unbesetzt?**
2. **Wie bewertet die Landesregierung den oben genannten Vorschlag hinsichtlich des Pilotprojektes?**
3. **Wie beabsichtigt die Landesregierung, den Engpass, insbesondere bei DNA-Gutachten, zeitnah zu beheben?**

46. Lichtbilderabgleich beim Verfassungsschutz

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Jan-Christoph Oetjen und Dr. Marco Genthe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Vor dem Hintergrund, dass es in Deutschland laut Medienberichten rund 500 sogenannte Gefährder geben soll und es zugleich zahlreiche Objekte gibt, die der salafistischen Szene zugerechnet werden, fragen wir die Landesregierung:

1. **Über welche technischen und rechtlich zulässigen Möglichkeiten verfügt der Verfassungsschutz, um Lichtbilder von Personen automatisiert mit dem Datenbestand im Nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS) abzugleichen?**
2. **Über welche technischen und rechtlich zulässigen Möglichkeiten verfügt der niedersächsische Verfassungsschutz, um Lichtbilder von bestimmten Personen, insbesondere Gefährdern, automatisiert mit dem von ihm im Rahmen von Überwachungs- oder Observierungsmaßnahmen durch Fotografie oder Videografie gewonnenen Bildmaterial abzugleichen?**
3. **Welche praxistauglichen technischen Möglichkeiten sind der Landesregierung für eine automatisierte Bilderkennung bekannt?**

47. Wird auch in Niedersachsen gegen die „Pelz-Polizei“ ermittelt?

Abgeordnete Horst Kortlang, Dr. Gero Hocker, Jörg Bode und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Presseberichten zufolge hat die Polizei in Bielefeld ein Strafverfahren gegen zwei Tierschützer eingeleitet, die in mehreren deutschen Städten Passanten kritisch auf ihre Pelzbekleidung angesprochen haben und sich dabei als „Pelz-Polizei“ ausgaben, was auf Jacke und Mütze zu lesen war. Nach Angaben der Polizei Bielefeld erweckte die Kleidung „durch die Aufdrucke, aber auch durch Farbe und Form den Eindruck einer Uniform der Polizei“.

Das Strafverfahren sei eingeleitet worden, da die Tierschützer die Aktion nicht angemeldet hätten, die Bekleidung uniformartig erschien und der geschützte Begriff „Polizei“ verwendet worden sei. Der Verdacht laute auf Verstöße gegen das Versammlungsgesetz sowie den Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen und Abzeichen.

Unter anderem war die „Pelz-Polizei“ auch in Hannover aktiv.

1. **In welchen niedersächsischen Städten gab es Aktionen der „Pelz-Polizei“?**
2. **Werden in diesen Städten ebenfalls Strafverfahren eingeleitet und, wenn ja, wegen welcher Vergehen, wenn nein, aus welchem konkreten Grund nicht?**
3. **Ist gegen die Gruppierung, welche für die Aktion verantwortlich war, bzw. gegen einzelne Mitglieder bereits zuvor strafrechtlich ermittelt worden und, wenn ja, wegen welcher Vergehen?**

48. Pensionierungen und Schülerzahlen im Jahr 2017

Abgeordnete Gabriela König, Björn Försterling, Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Mit dem Runderlass des Kultusministeriums vom 23. September 2016 wurden der Landesschulbehörde 1 300 Stellen zur Neueinstellung von Lehrkräften zum 1. Februar 2017 zugewiesen. Davon entfallen 600 auf Grund-, Haupt- und Realschulen, 270 auf Oberschulen, 75 auf Förderschulen, 165 auf Gymnasien und 190 auf Gesamtschulen. Gleichzeitig scheidet Lehrkräfte aus dem Schuldienst aus.

- 1. Wie viele Lehrkräfte (in VZLE und nach Schulformen getrennt) werden jeweils im Laufe des ersten Schulhalbjahres 2016/2017 und mit Ablauf des ersten Schulhalbjahres 2016/2017 ausscheiden?**
- 2. Wie viele Lehrkräfte (in VZLE und nach Schulformen getrennt) erreichen laut PMV mit Ablauf des 2. Schulhalbjahres 2016/2017 das Regeleintrittsalter in den Ruhestand, und wie viele Lehrkräfte (in VZLE und nach Schulformen getrennt) haben bereits beantragt, zum Ablauf des zweiten Schulhalbjahres vorzeitig in den Ruhestand einzutreten 2016/2017?**
- 3. Mit welchen Schülerzahlen rechnet die Landesregierung im Schuljahr 2017/2018?**

49. Wie bewertet die Landesregierung die Zwischenbilanz nach einem Jahr Ringelschwanzprämie?

Abgeordnete Horst Kortlang, Hermann Grupe, Jörg Bode, Christian Dürr und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In einer Pressemitteilung des Landwirtschaftsministeriums vom 19. Dezember 2016 wird nach einem Jahr eine erste Bilanz der Ringelschwanzprämie gezogen. Demnach hätten 86 der insgesamt 91 teilnehmenden Betriebe das Kriterium von 70 % intakter Schwänze erfüllt und die Prämie von 16,50 Euro pro Mastschwein erhalten. Fünf Betriebe hätten diese Quote nicht erreicht. Bei den erfolgreichen Betrieben seien im Durchschnitt 93 % unversehrte Schwänze zu verzeichnen gewesen. Aus den 80 857 Schweinen, mit denen die erfolgreichen Betriebe an dem Programm teilgenommen hatten und deren durchschnittlicher Erfolgsquote von 93 % ergibt sich eine Anzahl von über 5 600 verletzten Tieren. Darin sind die verletzten Schweine der durchgefallenen Betriebe noch nicht enthalten.

- 1. Welche Quote intakter Ringelschwänze haben die fünf Betriebe, die das 70 %-Kriterium nicht erfüllt haben, jeweils erreicht, und wie viele verletzte Tiere gab es demzufolge jeweils auf diesen Betrieben?**
- 2. Welche Verletzungen sind bei den über 5 600 verletzten Schweinen der 86 erfolgreichen Betriebe sowie bei den verletzten Schweinen der fünf nicht erfolgreichen Betriebe vorgekommen, und wie schwer waren diese Verletzungen?**
- 3. Ist es nach Auffassung der Landesregierung im Sinne des Tierwohls besser, bei 80 857 Ferkeln den Schwanz zu kupieren oder auf das Schwanzkupieren bei dieser Anzahl Ferkel mit der Folge zu verzichten, dass anschließend über 5 600 Mastschweine Verletzungen durch Schwanzbeißen davontragen?**

50. Schiebt die Landesregierung Personen nach Afghanistan ab?

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Dr. Marco Genthe und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 2. Oktober 2016 hat die deutsche Bundesregierung ein Rücknahmeabkommen mit Afghanistan geschlossen. „Afghanistan erkennt nach dieser Gemeinsamen Erklärung als Passersatz auch europäische Passersatzpapiere an, die von Deutschland ausgestellt werden, sofern nicht eine afghanische Auslandsvertretung innerhalb von vier Wochen ein afghanisches Papier ausgestellt hat.“ (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2016/07/factsheet-abschiebungen.html>)

Innenminister Pistorius äußerte sich zu Abschiebungen nach Afghanistan bisher zurückhaltend, so der Niedersächsische Flüchtlingsrat in einer Meldung vom 17. Oktober 2016.

- 1. Werden derzeit abgelehnte Asylbewerber aus Niedersachsen nach Afghanistan abgeschoben?**
- 2. Wenn ja, wird nach der regionalen Herkunft oder Straffälligkeit unterschieden?**
- 3. Wie viele Abschiebungen wurden aus Niedersachsen nach Afghanistan in den Jahren 2013, 2014, 2015 und 2016 jeweils durchgeführt?**

51. Vermeintliche Löschung von Dokumenten bei VW - Wurden diesbezüglich Ermittlungsverfahren eröffnet?

Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Jörg Bode und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Wie die *Süddeutsche Zeitung* am 13. Januar 2017 berichtet, wurden Tausende Dokumente von rund 40 Beschäftigten gelöscht, oder es wurde versucht, sie zu löschen, um die Manipulationen der Schadstoffmessungen zu verheimlichen sowie sich selber und Volkswagen der Anklage zu entziehen. All dies wurde von Volkswagen mittlerweile bestätigt, und ein Großteil der Dokumente konnte wiederbeschafft werden.

- 1. Wurden auch durch die Staatsanwaltschaft Braunschweig Ermittlungsverfahren gegen die rund 40 betroffenen Personen eröffnet?**
- 2. Liegt der Staatsanwaltschaft Braunschweig das „Statement of facts“ des Volkswagenkonzerns vollständig vor, und wird dieses auch für die laufenden Zivilprozesse zur Verfügung gestellt?**
- 3. Warum kam es noch zu keiner Anklage in Deutschland, während in den USA bereits gerichtsfeste Sachverhaltsfeststellungen vorliegen?**

52. Warum wurde das Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge nicht verlängert?

Abgeordnete Hillgriet Eilers und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 30. Juni 2015 ist das Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge, das einen Nachzug von Familienangehörigen nach Deutschland ermöglicht, sofern die hier lebenden Angehörige bereit und in der Lage sind, für den Lebensunterhalt ihrer Familien aufzukommen, in Niedersachsen ausgelassen. (Runderlass des Ministeriums für Inneres und Sport vom 22.12.2014 - 12230/1-8)

- 1. Wieso wurde das Programm nicht verlängert?**
- 2. Wie viele Personen haben in dem Zeitraum vom 30. August 2013 bis zum 30. Juni 2015 eine Verpflichtungserklärung unterschrieben, und wie viele Personen sind dadurch nach Niedersachsen gekommen?**

3. Wie viele syrische Flüchtlinge befinden sich momentan in Niedersachsen?**53. Wie effektiv ist der neue Erlass des Innenministeriums zum Verbot von Koranverteilkaktionen?**

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Christian Grascha, Dr. Marco Genthe und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In einem neuen Erlass des Innenministeriums bezüglich des Verbots von Koranverteilkaktionen wurde auf die notwendige Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) hingewiesen. Angaben zur inhaltlichen Änderung sowie zum Zeitplan wurden dagegen nicht genannt. Ferner bezieht sich der Erlass nur auf stationäre genehmigungspflichtige Verteilstände. Dagegen werden mobile nicht genehmigungspflichtige Verteilkaktionen („Street-Dawa“) davon nicht erfasst. Seit September 2015 fanden alleine in Hannover ca. 170 der „Street-Dawa“ Verteilkaktionen statt (Drucksache 17/6646: Antwort auf eine Anfrage von Abgeordneten der FDP-Fraktion).

- 1. Wann kann mit der entsprechenden Änderung des NStrG gerechnet werden?**
- 2. Welche inhaltlichen Änderungen sollen beim NStrG konkret vorgenommen werden?**
- 3. Welche Möglichkeiten haben die Kommunen, die mobilen Verteilkaktionen („Street-Dawa“) zu verbieten?**

54. Wie gut ist das Gesundheitssystem auf Terroranschläge vorbereitet?

Abgeordnete Jörg Bode, Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe, Sylvia Bruns, Björn Försterling und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Zuge des Terroranschlages in Berlin berichtet die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 25. Dezember 2016 über die Herausforderungen für Ärzte und Krankenhäuser bei terroristischen Anschlägen. So seien die Verletzungsmuster in Berlin zwar Tagesgeschäft gewesen, da man sich mit Unfällen im Straßenverkehr auskenne, jedoch würden Anschläge mit Schusswaffen und Bomben der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie große Sorgen bereiten. „... bei einem Anschlag, bei dem Terroristen Bomben oder Schusswaffen einsetzen, könnte man schnell an Grenzen stoßen: Für die Behandlung von Schusswunden oder Explosionstraumata fehle den meisten deutschen Ärzten das notwendige Wissen und die Erfahrung.“

Noch kritischer sei die Lage in den Kliniken, da in der Regel die meisten Opfer schnellstmöglich in das nächstgelegene Krankenhaus gebracht würden. „In Paris landeten deshalb allein in einer Klinik fast 50 Patienten, die in Lebensgefahr schwebten. ‚Die Kollegen haben mit 13 Teams 36 Stunden durchgehend durchoperiert‘, sagt Friemert. Gleichzeitig strömten in dasselbe Krankenhaus viele leichtverletzte Opfer.“

Eine Verteilung und Versorgung solch vieler Menschen könne nur gelingen, wenn die Abläufe einstudiert seien.

- 1. Wie sind die niedersächsischen Ärzte und Krankenhäuser auf Terroranschläge vorbereitet?**
- 2. Gibt es regelmäßige Übungen? Wenn ja, wie oft?**
- 3. Gibt es spezielle Fortbildungen für die Behandlung von Schusswunden oder Explosionstraumata?**

55. Private Handyfotos für die Strafverfolgung?

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Jörg Bode und Dr. Marco Genthe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* schreibt in einem Artikel vom 23. Januar 2017, dass Niedersachsen momentan ein Internetportal aufbaut, in das Bürger privat gemachte Fotos und Videos hochladen können, wenn sie Straftaten gefilmt haben, um so die Polizei bei der Strafverfolgung zu unterstützen.

„Im Verbund mit anderen Ländern und dem Bundeskriminalamt würden derzeit ‚grundlegende Strukturen für die elektronische Entgegennahme von Bild- und Videodateien geschaffen‘.“

1. **Wird das Portal durchgehend freigeschaltet sein oder nur anlassbezogen zur Verfügung stehen?**
2. **Werden die Aufnahmen gespeichert? Wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt dies?**
3. **Nach welchen Fristen werden die Aufnahmen gelöscht?**

56. Computerprogramm „Radar“ auch in Niedersachsen?

Abgeordnete Christian Dürr, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Jan-Christoph Oetjen und Dr. Marco Genthe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Wie die *Süddeutsche Zeitung* am 21. Januar 2017 berichtet, werden ab Juli 2017 deutsche Staatsapparatsschützer das Computerprogramm „Radar“ verwenden, um das Risiko terroristischer Anschläge in Deutschland zu minimieren. Durch vorhandene Daten beurteilt das Programm, ob von dem Verdächtigten ein moderates, auffälliges oder hohes Risiko ausgeht. Beim Fall des Attentäters Anis Amri, der in Berlin zwölf Menschen getötet und über 50 Menschen verletzt hat, waren die Ermittler jeweils zu dem Ergebnis gekommen, von Amri gehe keine akute Gefahr aus. Das Computerprogramm hingegen zeigte an, dass von Amri hohes Risiko ausgegangen sei. Ähnliche Programme werden bereits seit Jahren in der Schweiz verwendet, um Schulen vor Amokläufen zu schützen.

1. **Wird das Computerprogramm „Radar“ auch in Niedersachsen ab Juli 2017 zum Einsatz kommen?**
2. **Wenn ja, was wird die Einrichtung des Computerprogramms „Radar“ in Niedersachsen voraussichtlich kosten?**
3. **Wer wird dann unter welchen Voraussetzungen auf das Programm oder die verarbeiteten Daten zugreifen können?**

57. Wollte Aufnahmebehörde Sozialbetrug vertuschen?

Abgeordnete Jörg Bode, Jan-Christoph Oetjen, Christian Grascha, Horst Kortlang, Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Laut Medienberichten kam es in Niedersachsen zu zahlreichen Mehrfachregistrierungen von Flüchtlingen mit verschiedenen Identitäten, um Sozialleistungen des Staates mehrfach zu erhalten. Bekannt sind bisher mehr als 300 Fälle.

Nun berichtet der NDR am 22. Januar 2017, dass erst auf Initiative einer Mitarbeiterin der Landesaufnahmebehörde (LAB) in Braunschweig die Straftaten der Polizei gemeldet worden. Zuvor habe der Leiter der LAB Braunschweig die Mitarbeiterin angewiesen, die Fälle nicht zu melden und die Ordner mit den Akten in den Keller zu bringen und nichts weiter mit ihnen zu machen.

Der NDR schreibt weiter, dass selbst der Polizei die Akten nicht sofort ausgehändigt worden seien. „Auch die Beamten kommen nicht sofort nach der Anzeige an die Akten.“

Laut dem Bericht war der Leiter der LAB für den Chef der Kriminalpolizei Braunschweig, Ulf Küch, telefonisch nicht erreichbar. Erst als er es eine Instanz höher versuchte und die Leitung der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen kontaktierte, wurden die Akten unverzüglich an die Polizei übergeben.

1. **Sind Mehrfachregistrierungen mit der Abgabe des digitalen Fingerabdrucks abgeschlossen?**
2. **Wann wurde der Sachverhalt Innenminister Pistorius, Staatssekretär Manke und dem zuständigen Abteilungsleiter bekannt, und was wurde daraufhin veranlasst?**
3. **Werden alle neuankommenden Flüchtlinge sowie unerlaubt eingereiste bzw. unerlaubt aufhältige Personen bei der Erstregistrierung mit digitalem Fingerabdruck erfasst? Wenn ja, seit wann? Wenn nein, wie viele Fälle werden im Jahr 2016 bei der Erstregistrierung mit digitalem Fingerabdruck erfasst, und wie viel Prozent der Fälle entspricht dies?**

58. **Wie flexibel muss die digitalisierte Arbeitswelt der Zukunft sein?**

Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Gabriela König, Jörg Bode und Horst Kortlang (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Das Thema „Arbeit und Digitalisierung“ beschäftigt zahlreiche Akteure, Verbände, Gewerkschaften und die Wissenschaft als solche. Vielfältige Visionen, Szenarien und Herausforderungen mit den unterschiedlichsten Ansätzen bestimmen das Zusammenwirken von menschlicher Arbeit und digitaler Technik. Die Frage, wie sich dies auf einzelne Berufsbilder und den Arbeitsmarkt auswirkt, kann nur eingeschränkt vorhergesagt werden. Bereits der Diskurs über diese Themen wirkt sich auf die Annahme, den Einsatz und die Umsetzung bzw. Implementierung der Digitalisierung in den Alltag und in die Arbeitswelt aus. Der Wandel der Arbeit ist hierbei „gestaltbar“, aber nicht aufhaltbar.

1. **Welche Chancen und Risiken sieht die Landesregierung in der Digitalisierung der Arbeitswelt?**
2. **Welche Konsequenzen oder Anpassungen sind aus Sicht der Landesregierung im Bereich des Arbeitsrechts und der Arbeitszeitgestaltung mit Bezug auf eine erfolgreiche Implementierung der digitalisierten Arbeitswelt erforderlich?**
3. **Welche Vor- und Nachteile sind mit der Digitalisierung für den Wirtschafts- und Industriestandort Niedersachsen verbunden?**

59. **Bodenbelastungen mit polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen an der A 7**

Abgeordnete Susanne Menge und Volker Bajus (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Januar entnimmt eine Fachfirma Bodenproben aus den Seitenbereichen der A 7 zwischen Bockenem und Salzgitter. Hintergrund dafür ist, dass beim Ausbau des Autobahnabschnitts zwischen 2011 und 2014 der alte Straßenbelag verwendet worden war, der mit polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) belastet ist. PAK sind als gesundheitsgefährdend einzustufen und können zu Krebserkrankungen beitragen. Bereits Anfang 2015 und erneut im Februar 2016 hatte die Landesregierung den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und den Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz zum Sachverhalt unterrichtet. Die Landesregierung ging davon aus, dass zum gegenwärtigen Kenntnisstand die „vertragswidrige Ausführung der Leistung ursächlich für Belastung“ sei. Sie führte zugleich aus, wann und in welchem Umfang belastete Bereiche zu sanieren seien. Und sie stellte fest, dass eine akute Gefährdung für Mensch und Umwelt nicht bestehe. Laut der damaligen Planung sollten die Sanierungsarbeiten für das Rückhaltebecken im Februar 2016,

die Flächen betroffener privater Dritter im Sommer 2016 und der belastete Autobahnabschnitt der A 7 Ende 2017 abgeschlossen sein. Die PAK-belasteten Recyclingbaustoffe unterhalb der Fahrbahn sollten bis zur nächsten Grundinstandsetzung in etwa 30 Jahren verbleiben. Aus umweltfachlicher Sicht gebe es keine „unmittelbare, akute Gefährdung der Umwelt“, und ein Austrag der PAK sei nicht gegeben.

- 1. In welcher Weise sind die Sanierungsarbeiten belasteter Bereiche (Rückhaltebecken, private Dritte und der betroffene Autobahnabschnitt A 7) bereits umgesetzt worden bzw. müssen noch ausgeführt werden?**
- 2. Welche Erkenntnisse verspricht sich die Landesregierung von den im Januar erneut entnommenen Bodenproben aus den Seitenbereichen der A 7, und wann ist mit den Ergebnissen zu rechnen?**
- 3. Mit welcher Zielsetzung ist ein Monitoring des belasteten Autobahnabschnitts (A7 zwischen Bockenem und Salzgitter) zur Kontrolle des Austretens PAK vorgesehen?**